

Erste Schritte Richtung Neubaugebiet

ERZHÜTTEN-WIESENTHALERHOF: Der Ortsbeirat des Stadtteils hat sich am Mittwochabend für die Aufstellung eines Bebauungsplans für ein neues Wohngebiet im Bereich „Hahnbrunner Straße – Mühlbergstraße“ ausgesprochen. Möglichst frühzeitig soll es eine Bürgerversammlung geben und die Pläne ausgelegt werden.

VON JOACHIM SCHWITALLA

Mit seinem Beschluss folgte der Ortsbeirat zwei fast ähnlich vorliegenden Anträgen der Fraktionen von SPD und CDU. Der Beschlussfassung war eine über zwei Stunden lange Diskussion vorausgegangen, in der die städtische Baudirektorin Elke Franzreb die baurechtliche Verfahrensweise für einen Bebauungsplan erläuterte und die Fraktionen ihre Vorstellungen zum Vorhaben darlegten.

Die Aufstellung eines Bebauungsplans hat der Bauausschuss am 4. September beschlossen. Mit ihm sollen die planungsrechtlichen Grundlagen für eine Wohnbebauung geschaffen werden. Dabei soll das leerstehende Areal des Bürger-Büsing-Hauses, das bis vor einiger Zeit als Flüchtlingsunterkunft gedient hat, neu genutzt werden. Auf dem insgesamt 32.400 Quadratmeter großen Plangebiet, das auch eine Waldfläche beinhaltet, ist nach den Worten von Franzreb eine aufgelockerte Bebauung mit 20 Einfamilien- und zwei Doppelhäusern vorgesehen. Ein Öko-Standard könne mit berücksichtigt werden. Forstliche und naturfachliche Ausgleichsmaßnahmen sind laut Franzreb vorgesehen. Die Erschließung des Plangebiets soll als Schleife über die Mühlbergstraße und die Hahnbrunner Straße erfolgen.

Bürger fordern den Erhalt von Wald und Waldkindergarten

Dass das Vorhaben unter den Bürgern von Erzhötteln für Zündstoff sorgt, zeigte das große Interesse zahlreicher Besucher. Sie füllten den Klassensaal



Ortsvorsteher Thorsten Peermann stellt sich bei der Ortsbeiratssitzung den Bürgern, die den Erhalt des Waldes und des Waldkindergartens fordern.

FOTO: SCHWITALLA

der Grundschule, in der die Sitzung stattfand. Enttäuscht zeigten sich die Bürger, dass sie sich bei der Einwohnerfragestunde nicht zum Thema äußern durften. Auf mitgebrachten Plakaten forderten sie den Erhalt des Waldes und des Waldkindergartens. Plakativ wendeten sie sich gegen ein großes Neubaugebiet und gegen eine Erweiterung im Außenbereich.

Ortsvorsteher Thorsten Peermann (SPD) bat um Verständnis und signalisierte die Bereitschaft zu einer Bürgerversammlung mit Planauslegung. Nach Ansicht von Jürgen Reincke, Fraktionsvorsitzender der FWG, passt die vorgesehene Bebauung nicht mehr in die Zeit, er plädierte für eine stärker verdichtete Bebauung im südlichen Bereich. Auch könne er sich

vorstellen, dass die Stadt nicht zwingend die Planung für das Vorhaben ausführen müsse, setzte er auf frische Ideen von außen. Ob er denn die kommunale Planungshoheit in Frage stelle, kommentierte Franzreb, die Vorstellung Reinckes.

Michael Mader (CDU) störte sich an der durchschnittlichen Grundstücksgröße eines Einfamilienhauses von

910 Quadratmetern. „Ein Widerspruch, das Baugebiet für junge Familien interessant zu machen“, verwies er auf die hohen Grundstückskosten. Als gefährdet sieht Mader die Zufahrtsstraße zum geplanten Neubaugebiet. Die Hahnbrunner Straße sei jetzt schon nicht im besten Zustand und werde vom Baustellenverkehr noch mehr in Mitleidenschaft gezogen, befürchtete er. Mader: „Und wer bezahlt die Straßenreparatur?“

Zu hohe Grundstückspreise befürchtet

Dass die Grundstücke aufgrund ihrer Größe zu hohen Preisen verkauft werden, befürchtete auch SPD-Fraktions-sprecher Frank Diederich. Ob die Politik denn auch einen Plan B habe, fragte er. Volker Barth (FWG) erkannte in dem Vorgehen des Bauausschusses den Willen das „Thema Bürger-Büsing“ lösen zu wollen. Er sprach sich für ein kleineres Neubaugebiet aus. Der Waldkindergarten müsse bleiben. Annette Diederich (SPD) wusste um eine große Nachfrage junger Familien nach Bauplätzen. Bei einer Bebauung dürfe man den Klimaschutz nicht aus den Augen verlieren, gab sie zu bedenken.

In einem weiteren Tagungsordnungspunkt, der die Situation des Waldkindergartens während eines eventuellen Bauvorhabens auf dem Areal des ehemaligen Bürger-Büsing-Hauses beinhaltete, folgte der Ortsbeirat einem Antrag der SPD. In ihm wurde die Verwaltung aufgefordert, Möglichkeiten zur Nutzung des Waldkindergartens während der Bauphase aufzuzeigen.